

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 M., fürs
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3 gespaltene Zeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

Sattler- und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 1 :. 31. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüden-
straße 106 :. Telephon: Amt Morichplatz, 2120

Berlin, den 5. Januar 1917

Inhalt. Beitragsleistung. — Neues Jahr und neue Pflichten! — An die vom Militärdienst zurückgekehrten (verblühten) Arbeiter und Angestellten. — Unternehmerverbände im Jahre 1914. — It's Bahnsinn auch, so ist es doch Methode! — Aus unserem Beruf. — Soziales. — Rundschau. — Bücherchau. — Briefkasten. — Bekanntmachung der Zentralbranchenleitung für das Lederausüstungsgewerbe. — Sterbetafel. — Anzeigen.

Für die Woche vom 7. bis 13. Januar 1917 ist der 2. Wochenbeitrag fällig. Nur wer dem Verbands gegenüber durch pünktliche Beitragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unterstützung aus Verbandsmitteln.

Neues Jahr und neue Pflichten!

Wenn auch unser Optimismus, dem wir bei unserer vorjährigen Neujahrsbetrachtung an dieser Stelle Ausdruck gaben, sich nicht erfüllt hat, wenn das entfeindliche Völkerringen durch den Willen der feindlichen Machthaber bis zu ihrem endgültigen Siege fortdauern soll, so hegen wir doch die bestimmte Erwartung, daß die Völker anderen Sinnes sind und den Friedensnoten der neutralen Länder die ihnen gebührende Aufmerksamkeit und Hochachtung schenken werden.

So blutig und schmerzhaft auch die Kriegswunden sind, die wirtschaftliche Kraft Deutschlands steht ungebrochen da, das deutsche Volk ist nicht verhungert und wird nicht verhungern. Wohl haben sich die minderbemittelten Klassen unpagbare Einschränkungen auferlegen müssen, haben für notwendige Lebensmittel- und Bedürfnisartikel Wucherpreise, die mit ihrem Einkommen in keinem Verhältnis stehen, gezahlt, aber Niedergerungen, entmutigt ist die deutsche Bevölkerung nicht. Sie glaubt an ihre Existenzberechtigung, hat sie verteidigt und ist gewillt, sie weiter zu verteidigen. Jeder Eroberungspolitiker abhold, begrüßt die deutsche Arbeiterschaft die Friedensbewegungen, von wem sie auch ausgehen mögen, unterstützt, treibt die Regierung, jede sich bietende Gelegenheit zum Frieden zu ergreifen. In den letzten Tagen des Jahres ist der Stein des Friedens ins Rollen gekommen, er wird trotz der ablehnenden Haltung der Ententemächte nicht eher stillstehen, bis sein Ziel erreicht ist. Mit dieser Hoffnung treten wir ein in das neue Jahr, das Jahr des letzten Krieges und des Beginns immerwährenden Völkerfriedens!

Das Jahr 1916 stand nicht nur im Zeichen des Krieges, sondern es war auch ein Jahr der Organisation. Auf allen Gebieten sind ihre Spuren zu erkennen. Gewiß ist vieles, sehr vieles nicht nach unsern Wünschen gegangen, besonders auf dem Gebiete der Lebensmittelpflicht lag und liegt noch vieles im argen, hauptsächlich dort, wo es an durchgreifender Organisation fehlte, oder erst spät einsetzte. Doch wolle man nicht vergessen, daß niemand die lange Kriegsdauer voraus in Rechnung zog, daß bisher Handel und Wandel ohne organisatorische

Eingriffe sich nach kapitalistischen Grundsätzen frei entfalten. Es erwies sich als unmöglich, in so kurzer Zeit die herrschende Gesellschaftsordnung durch eine sozialistische zu ersetzen. Falsch wäre es, irgendwelche Hoffnungen zu erwecken, als ob jetzt oder gleich nach dem Kriege der Sozialismus sich verwirklichen lasse. Die wirtschaftliche Entwicklung macht keine Sprünge. Der Sozialismus muß das Zeitalter des Kapitalismus und Imperialismus durchgehen, ehe er die Weltgeschichte krönt. Diesen Zeitpunkt in greifbare Nähe zu rücken, das ist die Aufgabe der Arbeiterorganisationen. Dabei haben sie auch noch die ebenso wichtigen Gegenwartsarbeiten zu erledigen. Diese Aufgabe fällt insbesondere den Gewerkschaften zu. Daß sie ihr während des Krieges gerecht geworden ist, darüber besteht nirgends Zweifel.

Wie sähe es heute bei den Arbeitern aus, wenn die freien Gewerkschaften den unbedachten Ratgebern gefolgt wären und bei Ausbruch des Krieges ihre Tätigkeit eingestellt hätten? Abgesehen von den Leistungen auf dem Gebiete der Kriegsunterstützungen im Betrage von 54½ Millionen Mark während der ersten 24 Kriegsmonate, haben die Gewerkschaften ihr möglichstes getan, durch Erringung von Lohn- und Teuerungszulagen einigermaßen ausgleichend zu wirken. Der Anstoß zur Regelung der Lebensmittelverteilung ist von den Gewerkschaften ausgegangen. Ihre Mitwirkung im Ernährungsamt und in den Konsumtendausschüssen ist nicht zu verkennen. Auch ist es ihnen gelungen, beim Zivildienstgesetz manche guten gewerkschaftlichen Forderungen durchzusetzen, von denen wir wünschen, daß sie auch für die Zukunft erhalten bleiben mögen.

Es gliche einer Weideiräucherung unseres Verbandes, wollten wir seine Errungenschaften für die Berufsgenossen hier besonders hervorheben. Wir wissen, daß die Kollegenchaft in dieser Beziehung eines Sinnes ist und ihr Bestes einsetzen wird, das Geschaffene zu erhalten und, wo notwendig, zu ergänzen.

So groß auch die bisher zu bewältigenden Aufgaben der Arbeiterorganisationen in der Vergangenheit waren, noch viel größere harren ihrer Erledigung.

Wir hoffen und wünschen, die Völker mögen sich zu einem immerwährenden Frieden zusammenfinden, und glauben, daß dies eher der Fall sein dürfte, als der wirtschaftliche Kampf der Klassen im eigenen Volke verschwindet.

Kräftiger als vor Ausbruch des Krieges steht das Gefüge des Kapitalismus. Seine Konzentration, die Zusammenlegung vieler zu einem Betriebe, hat wesentlich zugenommen und dürfte durch die in Aussicht genommenen Monopole noch mehr gefördert werden. Hier gilt es beizugehen, daß die Arbeiter nicht unter die Räder der wirtschaftlichen Umwandlung kommen. Es wird zu prüfen sein, was sich die maßgebenden Instanzen unter dem weitumspannenden Begriff „Reorientierung“ denken und wie-

weit dabei die Interessen der Arbeiter berührt werden. Daß hier der Gemeinschaftsgeist des Schützengrabens vorherrschend und leitend sein wird, wagt wohl niemand zu behaupten. Die wirtschaftlichen Kämpfe werden sich, nach den bis jetzt gehörten Ausführungen der Unternehmerpresse, in derselben Weise wie vor dem Kriege abspielen. Das prophetische Wort eines Freiligrath: „Ein Hüben, ein Drüben nur gibt's!“ wird noch mehr als bisher in Erscheinung treten. Darum gilt es auch für alle denkenden Arbeiter, im wirtschaftlichen Kampfe nicht zu verjagen. Je größer die Zahl der Mitglieder der Gewerkschaften, je geschulter und aufopferungsfreudiger jeder einzelne den Kampf um Recht und Wohlergehen aufnimmt, desto größer und sicherer ist der Einfluß und der Erfolg.

Wie sehr die Berufsangehörigen der Sattler- und Lederverwarenindustrie, der Treibriemen- und Autobranchen eine lückenlose gewerkschaftliche Organisation benötigen, beweisen die mit Kriegsende ablaufenden bzw. die in diesem Jahr zu erneuernden Tarifverträge. In den Vordergrund tritt die Regelung der Lohnsätze. Die im Laufe des letzten Jahres gewährten Teuerungszulagen waren ein Hilfsmittel ohne vollen Ersatz für die notwendigen Ausgaben des Lebensunterhalts, die mit dem Kriegsende abgebaut werden. Alle Zeichen deuten darauf hin, daß die Preise nicht gleich fallen werden. Soll nun eine Unterernährung breiter Volksschichten verhindert, soll es ihnen möglich gemacht werden, die während des Krieges unterbliebenen Neuanschaffungen in Bekleidung und Hauswirtschaft zu bewerkstelligen, ja soll nur die gleiche soziale Lage unserer Berufsgenossen wie vor 2½ Jahren hergestellt werden, so müssen die Löhne unbedingt eine Aufbesserung wie nie zuvor erfahren. Unsere im Felde stehenden Kollegen werden nach ihrer Rückkehr mit Recht verlangen, mindestens soviel verdienen zu müssen, um in ausreichendem Maße ihren wirtschaftlichen Schaden zu reparieren. Die Anforderungen des Reiches, des Staates und der Kommunen in Bezug auf Steuerleistungen werden gewiß nicht gering bemessen werden. Man spricht davon, daß der Verdienst von fünf Monaten im Jahre nötig sein wird, um die Steuerbedürfnisse zu befriedigen. Alles in allem Ausgaben, denen auch entsprechende Einnahmen gegenüberstehen müssen. Die Arbeiter können diese nur aus dem Verkauf ihrer einzigen Ware, ihrer Arbeitskraft, erzielen. Sie wollen aber nicht damit Raubbau treiben lassen. Aus diesem Grunde werden die Gewerkschaften noch mehr als bisher auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung Forderungen erheben und durchsetzen müssen. Wieweit die Regierung dabei entgegenkommen zeigen wird, bleibt abzuwarten. Besser ist es schon, sich auf die eigene Kraft zu verlassen.

Daß bei den Unternehmern sich Gegenbestrebungen geltend machen, versteht sich am Rande. Sie haben schon während des Krieges ihre Gelüste nicht vollends unterdrücken können

und versucht, die Regierung in ihrem Sinne zu beeinflussen. Sobald die Kriegsschranken gefallen, der wirtschaftliche Burgfrieden eingestellt ist, dann werden sie in altgewohnter Weise wieder ihren Herr-im-Haus-Standpunkt herausbeizen. Bezüglich ihrer Organisation sind die Unternehmer nicht müßig gewesen. An anderer Stelle der heutigen Zeitung geben wir eine Uebersicht über die Erstarkung der Unternehmerverbände, die bis zum Ablauf des letzten Jahres in steigendem Maße angehalten hat.

Aber nicht nur die Großunternehmer haben ihre wirtschaftlichen Organisationen ausgebaut, auch das Handwerk hat seine Nutzenverwendung aus dem Kriege gezogen. Teils haben sie sich mit der Industrie zu Interessengemeinschaften verbunden, teils Genossenschaften gebildet. Wohin wir also blicken, allüberall ein Stachelndraht wirtschaftlicher Organisationen mit der Front gegen die Arbeiter. Angesichts dieser Tatsachen wäre es mehr wie Selbstmord, wollte die Arbeitererschaft sich gegenseitig zerfleischen und wehrlos der wirtschaftlichen Revolution gegenüberstehen. Hier gibt es nur ein Mittel und das heißt: Organisation! Organisation aller Arbeiter ohne Unterschied der Weltanschauung zu einem einheitlichen Berufsverbande ist das Ziel, welches uns für die Zukunft vorsteht. Die Unternehmer fragen weder nach politischen noch religiösen Bekenntnissen, ihnen ist in ihren Vereinigungen jeder recht. Nur die Arbeiter glauben ihre wirtschaftlichen Interessen in verschiedenen, sich oftmals gegenseitig bekämpfenden Organisationen vertreten zu müssen.

Unser Bestreben ist, allen Arbeitern jedweden Landes die Hand zum Bruderbund zu reichen. Ist dieser Standpunkt richtig, dann sollte es doch im eigenen Lande mit den Arbeitern, mit denen wir am gleichen Wertmaß stehen, mit denen wir die gleichen Lebensbedingungen teilen, erst recht möglich sein. Während des Krieges haben sich für die gewerkschaftlichen Organisationen viele Annäherungspunkte ergeben, sie gilt es im Auge zu behalten, und es wird sich zeigen, den guten Willen bei allen Beteiligten vorausgesetzt, daß auch hier sich manches Gute erreichen läßt.

Geschlossene, von einheitlichem Willen und Wollen durchdränkte Gewerkschaften aller Berufsgenossen sind für die Zukunft der Arbeiter notwendiger denn je. Sorgen wir, daß diese Gedanken bei unseren Kollegen und Kolleginnen auf fruchtbaren Boden fallen, keimen, gedeihen und blühen. Die Saat wird reiche Ernte tragen.

An die vom Militärdienst zurückgestellten (reklamierten) Arbeiter und Angestellten!

Durch einen vom Kriegsrat im Reichstage beantragten Erlaß an die Stellvertretenden Generalkommandos ist angeordnet, daß die Reklamierten den Bestimmungen für den vaterländischen Hilfsdienst unterliegen und unter denselben Voraussetzungen, wie alle anderen dem Gesetze unterstehenden Arbeitnehmer die Arbeitsstelle zu wechseln berechtigt sind. Nach Mitteilungen, die dem Kriegsrat zugegangen sind, soll es vielfach vorgekommen sein, daß Reklamierte, die entfernt von ihrem Heimatsorte beschäftigt waren, unter Berufung auf den Erlaß einfach die Arbeit niederlegten, um nach ihrem Heimatsorte überzusiedeln, um dort Beschäftigung anzunehmen. Ein solches Verfahren ist unzulässig und kann nicht nur die Wiedereingliederung der Reklamierten zum Heere, sondern auch ihre Bestrafung nach sich ziehen. Die Reklamierten müssen genau wie alle anderen Arbeitnehmer, wenn sie die Arbeitsstelle wechseln wollen, von dem Unternehmer die Erlaubnis eines Abfehrrschein verlangen. Weigert sich der Unternehmer, den Abfehrrschein auszustellen, dann kann der nach § 9 des Gesetzes betreffend den vaterländischen Hilfsdienst zu errichtende Ausschuss angerufen werden. Kann der Reklamierte nachweisen, daß ein wichtiger Grund zum Ausschneiden aus dem Betriebe vorliegt oder er insbesondere durch den Arbeitswechsel eine angemessene Verbesserung der Arbeitsbedingungen in einem anderen, dem vaterländischen Hilfsdienst unterstellten Betriebe erreichen kann, dann muß der Ausschuss ihm den Abfehrrschein erteilen. Im letzteren Falle muß er angeben können, in welchem Betriebe und zu welchem Lohne er in seinem Heimatsorte Beschäftigung finden kann.

Die zur Entscheidung über den Abfehrrschein bezuziehenden Ausschüsse sind vielfach noch nicht errichtet. Die Stellvertretenden Generalkommandos sollen aber mit größter Beschleunigung überall solche Ausschüsse einsehen. Im Interesse der Reklamierten liegt es, die gesetzlichen Bestimmungen zu beachten, und wenn der Abfehrrschein ihnen vom Unternehmer verweigert wird, zu warten, bis der Ausschuss seine Tätigkeit im Bezirke aufnimmt. Wer dieses nicht genau beachtet, hat sich selbst es zuzuschreiben, wenn ihm Nachteile erwachsen.

- Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.**
E. Regien.
- Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.**
A. Stegerwald.
- Verband der Deutschen Gewerksvereine (S.-D.).**
G. Harimann.
- Polnische Berufsvereinigung.**
F. Khamer.
- Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände.**
E. Sauer.
- Arbeitsgemeinschaft für einheitliches Angestelltenrecht.**
G. Muffhäuser.
- Arbeitsgemeinschaft für die technischen Verbände.**
Dr. Höfle.

Unternehmerverbände im Jahre 1914.

Das soeben herausgegebene 13. Sonderheft zum „Reichsarbeitsblatt“ enthält die Berichte über den Stand der Organisationen der Unternehmer, der Angestellten und der Arbeiter vom Jahre 1914. Die Arbeiterorganisationen haben ihre Berichte längst veröffentlicht. Wir beschränken uns deshalb auf die Beschreibung der Unternehmerverbände.

Die Einwirkungen des Krieges auf die Entwicklung und die Tätigkeit der Unternehmerverbände haben in der vom Statistischen Amt angeführten Arbeit besondere Berücksichtigung erfahren, wobei zu bemerken ist, daß allerdings nur die ersten fünf Monate des Krieges in Frage kommen.

Die Statistik unterscheidet vier verschiedene Gruppen. Die ersten drei Gruppen beschäftigen sich mehr mit wirtschaftspolitischen und der Regelung bestimmter geschäftlicher Fragen (Erzeugung, Absatz, Preisbildung). Die eigentlichen Unternehmerverbände, deren Hauptaufgabe in der Wahrung der besonderen Interessen der Unternehmer gegenüber den Arbeitern (Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse) besteht, bildet die vierte Gruppe. Eine genaue Scheidung freilich ist nicht durchführbar, weil die Aufgaben der einzelnen Verbände nicht immer genau umgrenzt sind, besonders aber auch deshalb nicht, weil die Berichte der Unternehmerverbände hierüber volle Aufklärung nicht bringen.

Die Zahl der Unternehmerverbände ist selbst im Jahre 1914 noch um einige gestiegen, von 3670 auf 3683. Dagegen ergibt sich für die Zahl der Mitglieder und der von ihnen beschäftigten Arbeiter ein Rückgang. Die Mitgliederzahl ging von 167 673 im Jahre 1913 auf 156 938 im Berichtsjahre zurück, die Zahl der beschäftigten Arbeiter von 4 841 217 auf 4 281 477. Es müßte aber ausdrücklich betont werden, daß sich daraus keine Schlüsse auf die Entwicklung der Unternehmerverbände unter dem Einfluß des Krieges ziehen lassen. Der Grund läge, wo heißt es weiter, in der besonderen lückenhaften Berichterstattung. In der Tat ist durch den Krieg die Tendenz zur Organisationsbildung bei den Unternehmern sehr gestärkt, die Entwicklung der Kartelle begünstigt worden. Die Art des Aufbaues der Kriegslieferungsorganisation habe diesen auch die Fähigkeit gegeben, gleichzeitig als Organisation von Arbeitgebern aufzutreten. Soweit die Industrie mit Seeresaufträgen betraut worden ist, sei auch eine Organisation der Unternehmer erfolgt, sei es auf Veranlassung der Unternehmer selbst oder der Behörden.

Die Lieferanten bzw. Verkäufer von Seeresbedarfsmitteln mußten zu Verbänden zusammengefaßt werden, sofern nicht solche schon bestanden, schon um ein Organ zu haben, an das die Unternehmer mit ihren Wünschen und Forderungen sich wenden könnten.

Der Krieg hat das Zusammenwirken von Arbeiter- und Unternehmerverbänden in hohem Maße gefördert. Bei Ausbruch des Krieges sei dies von größter Bedeutung für die Einschränkung der Arbeitslosigkeit gewesen. Einen neuen Einschlag habe das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter durch die Bildung von „Arbeitsgemeinschaften“ gefunden, die für eine ganze Reihe von Berufen zu bestimmten gemeinsamen Zwecken geschaffen worden sind.

Aus dem Tabellenwerk sei folgendes mitgeteilt: Die meisten Unternehmer waren im Baugewerbe, nämlich rund 45 000 organisiert. In weitem Ab-

stand folgt die Gast- und Schankwirtschaft mit 13 000. Dann folgt mit annähernd gleich viel Mitgliedern die Metallverarbeitung (13 000), das Bekleidungs-gewerbe (12 000), die Landwirtschaft (9100), das Holzgewerbe (8900) usw. — Ein ganz anderes Bild und zweifellos einen besseren Maßstab für die Beurteilung der Bedeutung und der Kräfteverhältnisse, die dem einzelnen Verband zuzumessen ist, bieten die Zahlen der beschäftigten Arbeiter. Hier tritt die Metallverarbeitung mit 725 000 beschäftigten Arbeitern am meisten hervor. Es folgen Bergbau mit 642 000; Spinnstoffgewerbe mit rund 440 000 Arbeitern. Dem ganz erheblichen Rückgang im Baugewerbe, 516 000 auf 197 000, erklärt der Bearbeiter zum größten Teil aus der lückenhaften Berichterstattung.

An der Hand des Fragebogenmaterials und mit Benutzung anderer Quellen wurde auch im Berichtsjahre versucht, den Zusammenschluß der Unternehmer zum Zweck der Streikversicherung darzustellen. Aber auch hier wird über „lückenhafte“ Verantwortung der Fragebogen geklagt. Im übrigen mußte, da der Krieg die wirtschaftlichen Kämpfe zum Schweigen brachte, naturgemäß auch die Bedeutung der Streikversicherung in den Hintergrund treten. Für das Berichtsjahr sind dem Kaiserlich Statistischen Amt insgesamt 21 Streikversicherungsgesellschaften bekannt geworden gegen 19 im Jahre 1914. In erster Linie kommt die Zentrale der deutschen Arbeitgeberverbände für Streikversicherung Berlin mit dem Charakter einer Rückversicherungsanstalt in Betracht. Daran reißen sich 11 rückversicherte Gesellschaften und 9 nicht rückversicherte Gesellschaften.

Nach den Erhebungen unterhielten 190 Unternehmerverbände eigene Arbeitsnachweise, gegen 196 im Vorjahre; die Zahl der Nachweisstellen betrug 284 gegen 276. Ueber die Vermittlungstätigkeit lagen von 211 Unternehmernachweisen Angaben vor. Sie konnten während des Jahres 1914: 959 472 Stellen besetzen gegen 1 288 793 im Vorjahre.

Ein besonderes Kapitel bilden diesmal die Kriegsunterstützungen der Unternehmerverbände. 54 Verbände, davon 10 Lokalverbände, 2 Verbandsbüros und 17 Einzelfirmen haben Erhebungen hierüber angefertigt und darüber berichtet. Diese erstrecken sich aber auf das volle erste Kriegsjahr; es wird eine Unterstützungssumme von rund 152 Millionen Mark herausgerechnet. Ohne die Hilfstätigkeit der Unternehmer verkleinern zu wollen, müssen wir doch den angeführten Zahlen mit einigem Zweifel begegnen. Es handelt sich um fortgezahlte Gehälter von Angestellten, um bare Unterstützungen für die Angehörigen der im Felde stehenden Angestellten und Arbeiter. Die Summen, die in „Form von Lohnerhöhungen gewährt“ worden sind, ohne daß nach Lage der Sache eine „Lohnerhöhung gerechtfertigt“ gewesen wäre, sind nach den Angaben der Unternehmerverbände, die die Anfragen selbständig vornahmen, nicht mit eingerechnet. In der Beurteilung über Lohnerhöhungen, die „gerechtfertigt“ sind, dürften wir wesentlich andere Ansichten vertreten, als die Unternehmer. Obgleich wenig könnten wir alle den Angestellten fortgezahlten Gehälter als Unterstützungen buchen. Beachtenswert ist schließlich, was der Bearbeiter, Herr Dr. Ruch, zu diesem Punkt bemerkt. Er sagt: „Unter Gegenüberstellung dieser Zahlen mit den jeitens der Gewerkschaften für die Unterstützung ihrer Mitglieder aufgebrachtten Summen hat sich eine Meinungsverschiedenheit darüber entwickelt, von welcher Seite die größeren Leistungen auf diesem Gebiete vollbracht worden seien. Vom Standpunkt des Statistikers aus ist ein solcher Vergleich überhaupt nicht durchführbar, weil die Tragfähigkeit beider Teile außerordentlich verschieden beurteilt werden muß und ein Vergleichsmaßstab für die Aufwendungen beider Teile für die Zwecke der Kriegsunterstützungen fehlt.“

It's Wahnsinn auch, so hat es doch Methode!

Im Braunschweiger „Volkshaus“ Nr. 285 vom 6. Dezember 1916 war an erster Stelle unter der Ueberschrift „Gewerkschaften und Dienstpflicht“ nach einer kurzen redaktionellen Einleitung folgendes zu lesen:

„Das Ruhen der Rechte und Pflichten in den gewerkschaftlichen Organisationen. Von einer großen Zahl Arbeitskollegen wird schon jetzt erkannt, daß das Hilfsdienstgesetz die Gewerkschaften lahmlegt. Selbst wenn Verbesserungen, wie das Versammlungsrecht, das wir, nebenbei bemerkt, ja haben, ohne immer auszusprechen zu dürfen, was uns bedrückt, und das Streikrecht ausdrücklich anerkannt würden, so ändert dies nichts an der Tatsache, daß der Unternehmer den wegen Lohnerhöhung resp. Lohnkürzungen streikenden Arbeiter entläßt, weil niemand den Arbeitgeber verpflichtet kann, die Forderungen anzuerkennen. Erhält der Arbeiter seine Entlassung, so untersteht

er dem Hilfsdienstgefeß und muß, sofern er sich nicht selbst entschließt, die ihm nachgewiesene Arbeit annehmen, mag diese unter Umständen auch noch schlechter bezahlt werden als die frühere. Hieran können auch die vorgeesehenen Beschwerdestellen nichts ändern; denn verschiedene Betriebe zahlen verschiedenen Lohn. Selbst wenn er an der neuen Arbeitsstätte zu den Besserbezahlten gehört, kann sein Verdienst eine Kürzung erfahren haben. Auch die Arbeiterauschüsse sind nur Deforationen, wenn die hinter diesen stehenden Arbeiter keine Macht haben oder entfallen können.

So ist es erklärlich, daß viele Arbeiter sagen: „Wozu brauchen wir noch Beiträge zu zahlen, der Verband kann nichts leisten und wir können das Geld jetzt nötig gebrauchen.“ Andere wieder sagen: „Meine Beiträge werden ja jetzt nur noch zur Bezahlung der Beamtengehälter benötigt, und diese arbeiten ja zum Teil gegen meine Ueberzeugung, dafür soll ich noch zahlen?“ Durch diese und noch andere Gründe wird die Gefahr der Zersplitterung heraufbeschworen, und da wir auf alle Fälle, auf welcher Seite man auch stehen mag, mindestens eine latente Einigkeit brauchen, um nach dem Kriege den Rahmen für eine Ansprache zu haben und uns zur gemeinsamen Arbeit zu finden, mache ich den nachfolgenden Vorschlag:

Mit Ablauf der 53. Woche dieses Jahres endigen alle Rechte und Pflichten in den Gewerkschaften. Das heißt also, wir bezahlen nicht mehr, und es hat mit dem Beginn der 1. Woche niemand mehr materielle Rechte an die Verbandskasse. Jedes Mitglied erlangt seine alten Rechte, wenn es in der auf den Friedensschluß folgenden Woche wieder bezahlt respektive sich wieder anmeldet, unter der Voraussetzung, daß es bis zum Ruhen seiner Rechte auch seinen Verpflichtungen nachgekommen war.

Hier von brauchen die besonders Bedürftigen, die wohl in allen Organisationen aus sogenannten Lokalfassen unterstützt werden, nicht betroffen werden. Die oft sehr großen Summen in solchen Kassen haben doch unter Umständen beim Ende des Krieges vielleicht nur einen sehr relativen Wert.

Die in den Organisationen tätigen Beamten werden, so hoffe ich, auf ihr verbleibendes Recht, ich meine die Weiterzahlung des Gehaltes nicht pochen und dadurch eine Schwächung der Reserven verhindern.

Es wird den Beamten nicht schwer fallen, mit uns Seite an Seite am Schraubstock oder an der Drehbank, oder wo es auch sei, zu stehen, Leid und Freud mit uns zu teilen, um dem Hilfsdienstgefeß, das wohl sehr viele Beamte grundsätzlich anerkennen, Genüge zu tun. Ausgenommen sind auch hier natürlich einzelne, wie zum Beispiel der Kassierer, der ja auch während der bargelosen Zeit das Vorhandene weiter verwalten muß.

In einem geistigen Zusammenhalt im Sinne der Verbände wird es nicht fehlen, da in Fabriken, wie auch an anderen Orten die bewährten Personen ehrenamtlich wie bisher die Verbindung aufrechterhalten.

Von leitenden Personen in Gewerkschaft und Partei ist während des Krieges oft ausgesprochen worden, daß besondere Verhältnisse auch besondere Maßnahmen nach sich ziehen. Ich glaube auch hier darf man von der Einberufung großer Generalversammlungen mit Rücksicht auf Zeit und Geldverschwendung Abstand nehmen. Es dürfte in allen Fällen eine Majorität oder eine Arbitration jeder einzelnen Ortsverwaltung genügen. Wenn an einigen Orten größere Wehrheiten ihre Rechte weiter genießen wollen, so steht ihrem Weiterzahlen nichts im Wege. Man kann bei einiger Aufrichtigkeit einen Unterschied zwischen einem zum Waffendienst Eingezogenen und einem nach dem Hilfsdienst Bestellten nicht machen.

Ich aber richte an alle organisierten Arbeiter die Bitte, die jetzt schwere Erkrankung durch eine selbst gewählte Markose einzudämmen und uns so vor dem Tode oder dem Siedtum zu retten. Wir erwachen nach dem Friedensschluß gesunder zur neuen Arbeit!

Wie das Braunschweiger Blatt bemerkt, sei ihm diese Zuschrift von einem Genossen K. A., Mitglied des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Berlin und Leiter des „Volkshilfsvereins“ zugegangen. Wenn dieser „K. A.“ sein geistiges Erzeugnis auf eigene Rechnung und Gefahr veröffentlicht hätte, würde man ihn ohne weiteres für verrückt erklären dürfen. Aber es steht im Braunschweiger „Volkshilfsverein“, einem angeblich sozialdemokratischen, in Wirklichkeit jedoch anarchistischen Blatte, das seit langem eifrig bemüht ist, die deutsche Arbeiterbewegung zu zerschlagen. Wir haben es also mit einem wohlüberlegten Streich zu tun. Die „Metallarbeiter-Zeitung“ schreibt hierzu, daß ein Mitglied unseres Verbandes in so verderblicher Weise an der Gewerkschaftsbewegung handeln könnte, halten wir solange für unwahrscheinlich, als dieser K. A. nicht die Maske fallen läßt.

Der „Vorwärts“ (Nr. 337) bemerkt zu der Sache: „Wenn ein Soldat des Schatzmachertums den Auftrag hätte, ein teuflisches Mittel zu erfinden, das die Gewerkschaften bis zum Kriegsende gänzlich ver-

nichtete, dann könnte er vielleicht auf den Gedanken verfallen, unter der Maske eines Gewerkschaftsmitgliedes den Arbeitern solche Ratsschläge einzuflüßern.“ Das ist richtig, wir erinnern aber daran, daß in den Jahren vor dem Kriege von ultraradikaler Seite wiederholt ausgesprochen wurde, man müsse zu Taten übergehen. Wenn dabei auch die Organisationen zerstört würden, so schade das nicht, man werde sie dann wieder aufbauen.

Der „Leipziger Volkszeitung“, die auch schon ihr redliches Teil zur Bekämpfung der Gewerkschaftsbeamten geleistet hat, wird etwas schwül bei der Geschichte. Aber sie läßt nicht von ihrer Art. Und so bringt sie es fertig (Nr. 276), zu sagen: „Bei der eigenartigen Stellung, die einige auch in der Partei-bewegung hervorragend tätige Gewerkschaftsführer eingenommen haben, war vorzusehen, daß die Zerrüttung der Parteiverhältnisse auch in Gewerkschaftsfreien starke Erregung erzeugen würde.“ Die „Leipziger Volkszeitung“ nimmt die Zuschrift im Braunschweiger „Volkshilfsverein“, die sie als „aus einer heillosen Konfusion geborene Vorschläge“ bezeichnet, als die eines Arbeiters. Sie will von diesen Vorschlägen nichts wissen. Das glauben wir ihr aufs Wort. Aber sie sollte die Ursache für solche Hirngespinnste nicht in der Tätigkeit der Gewerkschaftsführer erblicken wollen, sondern einmal Einfehr bei sich selbst halten. Vielleicht entdeckt sie dann, daß derartige „Stimmungen“, wie die des „Metallarbeiter“ K. A., nur auf dem Boden geüben, den sie selbst bisher so emsig hat düngen helfen.

Aus unserem Beruf.

Nachahmenswert. Uns wird aus Dresden geschrieben: Ein schönes Weihnachtsgeschenk ist uns in der Kriegsteuerungszulage zugefallen unter den Christbaum gelegt worden, wofür wir allen, die an ihrer Erwirkung sich betätigten, bestens danken. In einer wohl einzig dastehenden Form zahlte der Inhaber der Militärereffektenfabrik Ernst Siegemund in Dresden seiner Arbeitererschaft die Kriegsteuerungszulage auf die Zeit vom 4. bis 23. Dezember am letzten Lohnstage, dem Tage vor dem Heiligen Abend. Die Ueberzahlung unter dem Personal war groß und löste viel Freude aus, als Herr Siegemund jedem Arbeitnehmer einen namhaften Geldbetrag überreichte, mit dem Bemerken, daß dieser Betrag die Kriegsteuerungszulage enthalte und der Mehrbetrag als ein Weihnachtsgeschenk anzusehen sei. Der Mehrbetrag überstieg um ein Bedeutendes die Steuerungszulage, so daß er ein stattliches Geschenk darstellte, was allen ganz abnunglos in den Schoß fiel. Unter den Beschenkten befanden sich auch Kollegen, die wenige Tage vorher erst in Arbeit getreten waren. Nachahmenswert ist die Sorge des Herrn Siegemund und die Wohlthat seines Personals. Am selben Tage wurden auch eine Anzahl Frauen von Kollegen im Felde aus der Betriebskriegsunterstützungskasse, die Herr Siegemund wiederholt erheblich finanziert hat, beschenkt. Die wahrhaft kommerzielle Genügnung dieses Chefs gründet sich zweifellos auf seinen Lebensgang, der ihn in uner müdlichen Mühen und Schaffen von der Pike auf emporführte, ohne je eine persönliche Schlichtheit zu verlieren und die engen Bande zu seinen einstigen Kollegen und zu seinem Personale zu lösen.

Eine neue Aktiengesellschaft. Die von dem am 7. November 1916 verstorbenen Herrn C. Lohmann begründeten „Superba-Werke“ C. Lohmann in Bielefeld, Kopper und Ledernwaren, wurden in eine Aktiengesellschaft unter der Firma: Lohmann-Werke Aktiengesellschaft umgewandelt. Das gesamte Aktienkapital, das 1 250 000 Mk. beträgt, übernahm die Familie des Verstorbenen. — Die Mitwirkung eines Bankhauses hat nicht stattgefunden. — Während der Vorstand der Gesellschaft der schon seit vielen Jahren im Unternehmen tätige Herr Paul Lohmann bildet, besteht der erste Aufsichtsrat aus: Frau Jannh Lohmann geb. Venjen (Bielefeld); Herrn Hauptmann z. D. Carl Held (Loffenburg i. V.); Herrn Fabrikdirektor Otto Kramer (Bielefeld) und Herrn Fabrikbesitzer Wilhelm Bitter (Bielefeld).

Fabrikdiebstähle in einer Offenbacher Lederwarenfabrik. Vor dem Schöffengericht Offenbach hatten sich 11 Zuschneiderinnen und Paderinnen wegen einer Reihe von Diebstählen zu verantworten. Sie waren in einer Fabrik feiner Lederwaren- und Reiseartikel beschäftigt und haben in den letzten Jahren fortgesetzt Kleider- und Futterstoffe, fertige Kleidungsstücke, Wurst, Ledertaschen und dergleichen entwendet. So hat eine Angeklagte K. Sachen im Werte von insgesamt 3300 Mk., andere im Werte von 170 Mk., 936 Mk., 230 Mk., 165 Mk., 40 Mk., 43 Mk. und 17 Mk., wie ihnen die Anklage zur Last legt, entwendet. Die Angeklagten, die aus übertriebener Fußsücht zu Dieben geworden sind, suchten ihre Tat durch die mangelhafte Beaufsichtigung im Geschäft zu beschönigen. Das Urteil lautete dem Antrag des Anwalts entsprechend für die am meisten belastete Angeklagte auf 1 Jahr Gefängnis. Die übrigen erhielten 8, 6, 4 und 1 Monat. Nur eine kam mit 14 Tagen davon.

Soziales.

Aus der Angestelltenversicherung. Das oben erschienene Novemberheft der Angestelltenversicherung, Amtliche Nachrichten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, bringt mehrere wichtige Veröffentlichungen; zunächst eine Zusammenstellung der Beitragseinnahmen der Reichsversicherungsanstalt. Danach weist das Jahr 1916 vom 1. Januar bis einschließlich Oktober im allgemeinen eine Zunahme auf. Am niedrigsten war die Beitragseinnahme im Monat April mit 8,8 Millionen Mark, am höchsten im Monat Oktober mit 9,75 Millionen Mark. Der Durchschnitt der Beitragseinnahmen vom Januar bis Oktober war im Jahre 1916: 9 212 626 Mk. den Monat, im Jahre 1915 9 173 264 Mk. den Monat. Mithin ist die Beitragseinnahme im laufenden Jahre größer als im Jahre 1915. Jedoch ist die Beitragseinnahme auch des laufenden Jahres noch immer weit zurück hinter der Einnahme des Jahres 1914, in dem mehr als 11 Millionen Mark durchschnittlich im Monat an Beiträgen eingenommen worden ist. — Ferner werden Angaben über den Stand des Heilverfahrens am 31. Oktober 1916 veröffentlicht. Anträge auf Heilverfahren sind im laufenden Jahre in größerer Zahl eingegangen als selbst im Jahre 1914 während derselben Monate. Die Zahl betrug im Jahre 1916: 21 824, im Jahre 1915: 13 355, im Jahre 1914: 19 050. Durchgeführt wurden Heilverfahren vom 1. Januar bis 31. Oktober im Jahre 1916 in 15 294 Fällen, im Jahre 1915 in 8673 Fällen.

Die Zunahme in der Zahl der durchgeführten Fälle ist im laufenden Jahre gegenüber dem Vorjahre erfreulicherweise noch größer als die Zunahme in der Zahl der beantragten Heilverfahren. Es ist also ein größerer Teil der Anträge im laufenden Jahre berücksichtigt worden, als im Vorjahre. Die Kosten der Heilverfahren betragen vom 1. Januar bis zum 31. Oktober: im Jahre 1916 rund 8 Millionen Mark, im Jahre 1915 rund 6 Millionen Mark.

Ueber das Heilverfahren kam es in der letzten Sitzung des Verwaltungsrates zu einer Aussprache; der Bericht hierüber ist jetzt ebenfalls erschienen. Der Berichterstatter teilte mit, daß im Ausschuß dem Direktorium mehrere Verbesserungen empfohlen worden seien. So soll für das Preisausschreiben über die zweedmäßigsten künstlichen Glieder ein angemessener Betrag zur Verfügung gestellt werden. Dieser Antrag wird vom Direktorium geprüft werden. Ferner soll die Versicherung bei allen Versicherten, die berufsunfähig geworden sind, die Kosten der Berufsunmüderung übernehmen. Hiergegen machte ein Mitglied des Direktoriums Bedenken geltend: Schon jetzt würden von Kriegsteilnehmern Anträge gestellt, die weit über den Rahmen der Kriegsteilfürsorge hinausgingen. So habe z. B. ein Kriegsteilnehmer das Gymnasium besuchen und Jura studieren wollen. Auch würden die Kosten zu hoch werden. Endlich sollen den Krankentassen Zuschüsse zu den Kosten der Krankenkost gezahlt werden, die von diesen an Versicherte geleistet wird. Dieser Vorschlag fand im Verwaltungsrat allgemeine Zustimmung. Ein Arbeitgebervertreter stellte fest, daß die Krankentassen geteilt zur Gewährung von Krankenkost nicht verpflichtet seien. Sätten sie durch die Szangung diese Verpflichtung übernommen, so würden sie dadurch infolge der hohen Lebensmittelpreise sehr belastet. Die Krankentassen hätten bereits den Bundesrat um die Ermächtigung gebeten, bei Gewährung von Krankenkost einen Teil des Krankengeldes einzubehalten. Es wäre deshalb wünschenswert, daß sich auch die Reichsversicherungsanstalt, wie die Landesversicherungsanstalten, an den Kosten der Krankenkost durch Zuschüsse beteiligten. Der Vorsitzende versprach, daß die Frage eingehend geprüft werden solle.

Bei der Beratung der Vermögensanlage wurde folgender Antrag angenommen:

Um die nach dem Kriege drohende Kleinstwohnungsnott (Wohnungsmangel und Teuerung) zu mildern, und in Verbindung damit den durch ungesundes Wohnen drohenden Schädigungen an Gesundheit und Arbeitskraft unserer Versicherten entgegenzuwirken, empfiehlt der Verwaltungsrat dem Direktorium, soweit möglich, durch Sinaabe von Darlehen (Hypotheken) die Kleinstwohnungsherstellung zu fördern.

Neben privaten Bauunternehmern sollen grundsätzlich solche Körperschaften (Gemeinden, Stiftungen, Bauvereinigungen) mit Darlehen berücksichtigt werden, die

1. die Kleinstwohnungsbeschaffung auf gemeinnütziger Grundlage betreiben oder unfer Wohnungs- und Siedlungsweisen durch den Flachbau (Gartenheimfiedlungen) fördern und
2. ihre Siedlungen gegen spekulative Veräußerung sichergestellt haben.

Der Antrag wurde sehr begrüßt. Hervorgehoben wurde aber dabei, daß die Darlehen nicht für den Bau der kleinsten Wohnungen für Arbeiter gewährt werden sollen, sondern nur für Wohnungen mit 2 bis 3 Zimmern, die für Angestellte bestimmt sind.

Rundschau.

Jahreswechsel. Es ist Neujahr. Wieder einmal hat die Erde ihren Weg um die Sonne vollendet...

In weiten Scharen hat man aber die Notwendigkeit einer Organisierung des Lebens erkannt...

Der Tag wird nun ja nicht mehr fern sein, wo wir in diesem Sinne unseren geistigen Kampf frei wieder fortsetzen können.

Die Steuerfreiheit für Kriegsteuerungszulagen. Das preussische Abgeordnetenhaus ist im Begriffe, sich einmal einen guten Namen zu machen...

Ein Unternehmerorgan über das Hilfsdienstgesetz. Das Organ des Schutzverbandes deutscher Steindruckereibesitzer: „Deutsches Steindruckergewerbe“...

zugeben. Die Regierung hätte wohl Veranlassung gehabt, die Privatbetriebe nicht anders zu behandeln als die Eisenbahnbetriebe...

Bücherschau.

Die Glocke, Sozialistische Wochenschrift. Herausgeber: Parvus (Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW. 68).

Die neue Internationale. Briefe deutscher, englischer, französischer und russischer Sozialisten über Nationalismus und Internationalismus.

Briefkasten.

A. B. und andere Heeresangehörige. In der Reklamationsache können wir uns aus naheliegenden Gründen auf Verantwortung der eingegangenen Schreiben nicht einlassen.

Bekanntmachung der Zentralbranchenleitung für das Lederausrüstungsgewerbe.

1. Auf Grund der reichstarriflichen Bestimmung des § 3 Abs. c soll im Januar 1917 die Zentraltarifkommission zusammentreten, um über die Erhöhung der Stundenlöhne zu beraten.

ein Fragezettel zugestellt, auf dem in leserlicher Schrift zu beantworten ist:

- Ort?
Name der Firma, bei wem beschäftigt?
Alter?
Art der Beschäftigung und seit wann?
Lohn per Stunde mit und ohne Kriegszuschlag?
Wird die im Dezember beschlossene Feuerungszulage bezahlt?

Diese ausgefüllten Fragebogen sind bis spätestens den 10. Januar 1917 an die zuständige Ortsverwaltung abzuliefern...

Zeitlohnarbeiter und -arbeiterinnen der Lederausrüstungsindustrie an solchen Orten, wo keine Verwaltungsstelle unseres Verbandes besteht...

2. Die am 8. Dezember 1916 von der Zentraltarifkommission beschlossene Feuerungszulage ist zwingender Natur und von allen Unternehmern der Lederausrüstungsindustrie zu zahlen.

An Orten, an denen eine Schlichtungskommission nicht besteht, beauftragt die Auskunftsstelle der Vereinigung Deutscher Fabrikanten für Heeresausrüstung, Berlin, Zimmerstraße 3/4, eine ihr geeignete Schlichtungskommission.

Sterbetafel.

Den Helidentod auf dem Schlachtfelde fanden unsere Mitglieder Kurt Heller, Dresden, 19 Jahre alt. Ditto Borent, Köln, 29 Jahre alt.

Freiberg i. S. Nach langem, schwerem Siechtum verstarb am 26. Dezember der Mitbegründer und langjährige Bevollmächtigte unserer Verwaltungsstelle Emil Heinrich Nothe im Alter von 56 Jahren.

Sattler auf dauernde Militärarbeit, Geschirre, Sättel usw., stellen sofort ein R. Kühlewein & Co., Erfurt-N., Wendenstraße 5.

2 tüchtige erfahrene Zuschneider sowie tüchtige Sattler auf Geschirre und Armeesättel zum sofortigen Eintritt gesucht. Gebr. Weber, Stuttgart, Schwabstraße 2.

Sattler auf Militärarbeit für dauernde Beschäftigung sucht Carl Trenner Militärausrüstungsfabrik Berlin-Schöneberg, Tempelhofer Straße 18a.

Tüchtige Sattler für Militärarbeit gesucht. Friedr. Schrader, Hannover, Herschelstraße 61.

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuller und Tapezierer liefert als Spezialität Bruno Steffen, Berlin SW. 19, Lindenstr. 63. Gegründet 1880. Preislisten S. P. gratis und franko.

Treibriemensattler, auch Alfordnähler auf Treibriemen sucht zu dauernder Beschäftigung bei hohem Lohn Frdr. Hancke jun., Treibriemenfabrik, Berlin-Tegel, Hauptstraße 21.

Fort mit der alten Sattlerahle! Fort mit den versprungenen Hesten! Fort mit Kerger und Zeitverlust! Lassen Sie sich eine Probe-Ahle für 1,40 Mk. schicken von Karl Schiller, Stuttgart, Luisenplatz 6 III, Ostheim.

15-20 000 Stück Lederriemen für Tauhasen zu kaufen gesucht. Sauerländische Kettenfabrik Gebr. Schulte Hövel, Kr. Arnberg i. W. Suche in jeder Zahlstelle geeigneten Kollegen zum Verkauf meiner Patentahlen gegen Vergütung. Schriftliche Angebote an Karl Schiller, Sattler, Stuttgart, Luisenplatz 6 III.